

5. Tarifpolitische Konferenz für die Arbeiterwohlfahrt Hannover, 16. September 2021



Resolution zur Bundestagswahl 2021



Soziale Arbeit braucht Gute Arbeit

Wir, die Beschäftigten in den sozialen Berufen, sind eine tragende Säule der Gesellschaft. Das hat die Pandemie wie unter einem Brennglas erst wieder deutlich gemacht. Ohne den überaus großen Einsatz aller Beschäftigten in den Gesundheits- und Sozialeinrichtungen wären wir ganz anders durch diese schwere Zeit gekommen. Dafür gab es Applaus von den Balkonen, aber die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen und der Entlohnung bleiben bislang aus. Dabei war die Arbeitsverdichtung schon vor der Pandemie so groß, dass sie viele in die Teilzeit oder gleich ganz aus dem Beruf trieb und noch immer treibt. Das muss sich ändern. Wir wollen unsere Arbeit in guter Qualität erbringen und brauchen dafür gute Bedingungen.

Hier ist aus unserer Sicht auch unsere Arbeitgeberin, die Arbeiterwohlfahrt, gefordert – insbesondere wenn es um gute Tarifverträge, eine höhere Tarifbindung und faire Mitbestimmung geht.

Und: Es muss ein Ende haben mit der fortschreitenden Kommerzialisierung der Daseinsvorsorge – das Gesundheits- und Sozialwesen darf nicht dem Markt überlassen werden. Wir brauchen einen starken Sozialstaat und eine gute und auskömmlich finanzierte öffentliche Daseinsvorsorge.

Vor diesem Hintergrund verurteilen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der AWO-Tarifkonferenz die nach wie vor bestehende Verweigerungs- und Blockadehaltung der Arbeitgeber von Caritas und Diakonie gegenüber der Erstreckung des bundesweiten Tarifvertrags Altenpflege, mit dem Pflegekräfte, die bislang zu Niedriglöhnen arbeiten, bis zu 23 Prozent mehr Gehalt bekommen hätten.

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 26. September haben wir folgende Forderungen an die demokratischen Parteien und ihre Kandidat*innen:

- Tarifbindung stärken, Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern und kollektive Weitergeltung von Tarifverträgen bei Betriebsübergang sichern
- Keine Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband ohne Tarifbindung
- Eine bundesweite Tariftreueregelung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Dienstleistungen
- Im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen überall mindestens die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes als wirtschaftlich gelten und refinanziert werden
- Mitbestimmung und Betriebsräte stärken – weg mit dem Tendenzschutz in karitativen und erzieherischen Bereichen
- Eine bundeseinheitliche, am Bedarf orientierte Personalbemessung für alle Bereiche des Gesundheits- und Sozialwesens
- Eine Fachkräfteinitiative Bildung, Erziehung und Betreuung von Bund und Ländern
- Ein bundeseinheitliches Ausbildungsgesetz für Erzieher*innen, Heilerziehungspfleger*innen und gleichwertige Berufsabschlüsse im Rahmen des Pflegeberufgesetzes, inklusive einer angemessenen Vergütung, sowie Stärkung der strukturierten Praxisanleitung
- Solidarische Pflegegarantie, mit der alle Einkommen in die Finanzierung der Pflegeversicherung einbezogen werden und diese sämtliche pflegebedingten Kosten abdeckt – für eine gute, qualitätsgesicherte pflegerische Versorgung
- Und: Finger weg vom Arbeitszeitgesetz – kein Angriff auf Schutzrechte

Für diese Forderungen stehen wir ein und werden das Handeln der neuen Bundesregierung daran messen!